

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Ein großer Erfolg für die Europäische Union

Als einen großen Erfolg für Europa hat Bundeskanzler Helmut Kohl das Ergebnis der Verhandlungen über den Beitritt Schwedens, Finnlands und Österreichs zur Europäischen Union und den Stand der Verhandlungen mit Norwegen in der Kabinettsitzung am 2. März bezeichnet.

Helmut Kohl dankte unter dem Beifall des Kabinetts Bundesaußenminister Klaus Kinkel, der Staatsministerin Ursula Seiler-Albring und den Mitarbeitern für das große Engagement, das sie in diesen Verhandlungen gezeigt hätten.

Der Beitritt dieser Länder wird nach den Worten des Kanzlers als ein großes Ereignis in die europäische Geschichte eingehen. Die Bundesregierung, die ein Vorkämpfer für die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft gewesen ist, hat nach den Worten des Kanzlers ein entscheidendes Interesse daran, daß sich der Kreis der Mitgliedsländer nun um Österreich und um die skandinavischen Staaten vergrößere.

Nicht anders als das Mittelmeer sei auch die Ostsee ein europäisches Meer, und ihre Anrainerstaaten gehörten in die Union. Die enge Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den neuen Mitgliedsländern werde sich gerade für Deutschland positiv auswirken.

Die Bundesregierung freue sich über das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen, mit dem alle Beteiligten mehr als zufrieden sein könnten. ■

## HEUTE AKTUELL

### ● Bundesversammlung

Roman Herzog jetzt offiziell Kandidat der Union. Seite 3

### ● Wirtschaft

Generalsekretär Peter Hintze: Talsohle durchschritten. Seite 5

### ● Verkehr

Transrapid-Entscheidung sichert deutschen Technologievorsprung. Seite 6

### ● Sozialdemokraten

Konturen eines Wahlprogramms: Eine Fülle von Widersprüchen und Fragwürdigkeiten. Seite 7

### ● Wahlen

Norbert Blüm: Stellen Sie sich bei den Betriebsratswahlen als Kandidat zur Verfügung und machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch! Seite 15

### ● CDU-Extra

Änderungen des Satzungsrechts und sonstige Beschlüsse des 5. Parteitags. Blauer Teil

### ● Dokumentation

Zu den Beschlüssen von Bündnis 90/Die Grünen auf ihrem Parteitag in Mannheim. Grüner Teil

# Erfolg der deutschen Europapolitik

**Den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über die Erweiterung der Europäischen Union hat der Spitzenkandidat der Niedersachsen-CDU für die Europawahlen am 12. Juni, Hans-Gert Pöttering, begrüßt.**

Der Europapolitiker äußerte die Hoffnung, daß Österreich, Finnland und Schweden am 1. 1. 1995 der EU beitreten werden. Ein erfolgreicher Abschluß auch mit Norwegen sei wünschenswert.

Noch aber, so Pöttering, seien nicht alle Hürden für einen Beitritt genommen. Das Europäische Parlament, ohne dessen Zustimmung eine Erweiterung nicht stattfinden könne, erwarte von den Regierungen der EU-Staaten weitere Schritte bei der Demokratisierung der Europäischen Union. Deswegen fordert Pöttering, der auch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen

Parlament ist, solle ein „Rat von persönlichen Beauftragten der Regierungschefs“ umgehend beginnen, Vorschläge für „Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU in allen Bereichen der EG-Gesetzgebung und für eine gleichzeitige völlige Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments mit dem Rat auszuarbeiten“.

## Ausbau der Verkehrswege

Für Niedersachsen, so der CDU-Europapolitiker, sei die Erweiterung um die nördlichen Staaten Europas von erheblicher Bedeutung, da Niedersachsen damit noch mehr als bisher zum Verkehrsknotenpunkt zwischen dem Norden und Süden Europas werde. Der konsequente Ausbau der Verkehrswege von Nord nach Süd, aber auch in West-Ost-Richtung habe für die Zukunft große Priorität.

## Neue Möglichkeiten

**Die Erweiterung verbessert das innere Gleichgewicht der Europäischen Union und stärkt ihre Handlungsfähigkeit für den Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung für ganz Europa. Dies erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Günter Rinsche.**

Der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland eröffne neue Möglichkeiten für den wichtigen Ausgleich von Süd und Nord, West und Ost in Europa. Die Stärkung der europäischen Wirtschaftskraft durch die Integration starker Volkswirtschaften

bringe zudem verbesserte Chancen für die Schaffung neuer und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze, erklärte der Europaabgeordnete.

Günter Rinsche dankte Bundeskanzler Kohl und Außenminister Kinkel für deren erfolgreiche und ausschlaggebende Aktivität in den schwierigen Verhandlungen. Die Weisheit, Geduld und Beharrlichkeit der deutschen Bundesregierungen habe sich auch hier wieder bewährt. Dieser Erfolg der deutschen Europapolitik werde auch dazu beitragen, die notwendige Wandlung von der Euroskepsis zum Europa-Optimismus herbeizuführen. „Wir brauchen Zuversicht“ — so Rinsche — denn ohne Zuversicht gibt es keine gute Zukunft für die Europäer.

# Roman Herzog ist jetzt offiziell der Kandidat der Union

„Glasklar und ehrlich“ werde er im Falle seiner Wahl am 23. Mai die gesellschaftlichen Probleme beim Namen nennen, aber zugleich auch die „bewährten Institutionen stützen“ und versuchen, den Staat „mit allen seinen Fehlern und Makeln, die er hat“, den Bürgern nahezubringen.

Roman Herzog sprach am 8. März in Bonn vor der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung und überzeugte:

Im geheimer Abstimmung haben 448 von den anwesenden 466 Mitgliedern den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe endgültig und offiziell zu ihrem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten bestimmt. Gegen Herzog wurden sechs Stimmen abgegeben, zwölf Stimmen waren ungültig oder Enthaltungen.

Obwohl es kritische Anfragen zu den politischen Parteien gebe, warnte Herzog in seiner Rede vor Kritik an ihnen ohne Solidarität. Denn: „Erst wenn die Volksparteien mit ihrer ausgleichenden Kraft nicht mehr existierten, würden wir wissen, was wir daran hatten.“



**Roman Herzog: Erst wenn die Volksparteien mit ihrer ausgleichenden Kraft nicht mehr existierten, würden wir wissen, was wir daran hatten.**  
Foto: vario-press

Er werde als Bundespräsident über den politischen Lagern stehen und „fair gegenüber jedermann“ sein, auch wenn es der Union in Einzelfällen weh tun könne.

Seine Rede schloß Herzog mit den Worten: „Wenn wir dienen und nicht dominieren wollen, dann ist die Geschichte auf unserer Seite.“

## Claudia Gehlfuß ist die jüngste Delegierte für die Bundesversammlung

Auf Vorschlag der Jungen Union Thüringen hat die CDU-Landtagsfraktion die 17jährige Claudia Gehlfuß aus Nordhausen als Delegierte für die Bundesversammlung am 23. Mai in Berlin nominiert. Die Kreisvorsitzende der Jungen Union Nordhausen war bis vor wenigen Monaten Mitglied im Landesschülerrat des Freistaates Thüringen. Gegenwärtig vertritt sie die Interessen der Thüringer Schüler im Landesschulbeirat, der den Kultusminister in bildungspolitischen Fragen berät. Claudia Gehlfuß vollendet im März ihren 18. Geburtstag.

# Weitere Erfolge beim Aufbau Ost

**Zum 20. Mal seit 1990 fand im Bundeskanzleramt unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl das Spitzengespräch zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften über den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern statt.**

Im vierten Jahr der deutschen Einheit gibt diese Gesprächsrunde auch Anlaß, auf das bisher Geleistete zu verweisen. Dabei kann festgestellt werden, daß die Bundesregierung mit ihrer entschlossenen Investitions- und Privatisierungspolitik trotz aller Schwierigkeiten und Probleme in einer Phase großer wirtschaftlicher Rezession auf dem Weg zur Vollendung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands gut vorangekommen ist. So wird dieses Jahr in den neuen Ländern ein reales Wirtschaftswachstum von 6 bis 8 Prozent erwartet.

Mit Recht hat der Bundeskanzler auf die

über 600 000 Existenzgründungen und die erfolgreichen Reprivatisierungen als Zeichen der dynamischen Entwicklung zur Selbstständigkeit verwiesen und Dank und Anerkennung den Unternehmerinnen und Unternehmern in Ostdeutschland für ihre Aufbauleistung ausgesprochen.

**Clemens Schwalbe**, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Besonders zu begrüßen ist die feste Entschlossenheit, mit der der Bundeskanzler die Fortsetzung der massiven Investitionsförderpolitik auf hohem Niveau zusagte. Denn schnelle Investitionen sind entscheidend für den Erfolg beim Aufbau Ost.

So sind seit der Wiedervereinigung bereits 190 Mrd. DM an privaten Investitionen ausgelöst worden, mit denen bestehende Betriebe modernisiert und neue wettbewerbsfähige Betriebe gegründet wurden. Dauerhafte und zukunftsträchtige Arbeitsplätze wurden dadurch in den neuen Ländern geschaffen. Für 1994 wird ein weiterer Anstieg der Investitionsausgaben um 15 Prozent auf rd. 160 Mrd. DM erwartet. Dies sind Investitionen in die gesamtdeutsche Zukunft.

Zum erfolgreichen Aufbau moderner, leistungsfähiger Wirtschaftsstrukturen gehört auch die Schaffung einer angemessenen Energieversorgung. Die Energieinvestitionen in Milliardenhöhe, wie sie jetzt durch die Vereinbarungen zwischen Treuhand und der Energiewirtschaft getroffen wurden, sind eine entscheidende Grundlage hierfür. Diese Lösung auf dem Energiesektor zur Privatisierung der ostdeutschen Elektrizitätswirtschaft und der Braunkohle ist somit ein weiterer großer Erfolg der Politik des Bundeskanzlers und der Bundesregierung beim Aufbau Ost.

## Baugenehmigungen Ost übertreffen alle Erwartungen

**In den neuen Ländern sind im letzten Jahr 82.603 Wohnungen zum Bau genehmigt worden. Dies sind mehr als dreimal so viele wie im Vorjahr.**

Zusammen mit den Wohnungsbaugenehmigungen aus den westlichen Bundesländern ergibt sich ein gesamtdeutsches Jahresergebnis von 606.686. Dieser Wert liegt um 25,2 Prozent über dem Vergleichswert von 1992 (484.404 Wohnungen).

Etwa die Hälfte der Baugenehmigungen, nämlich 40.197, entfallen auch in den neuen Bundesländern auf Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Davon ist wiederum gut die Hälfte als Eigentumswohnung genehmigt worden.

Generalsekretär Peter Hintze:

# Die deutsche Wirtschaft hat die Talsohle durchschritten

**Der Jahreswirtschaftsbericht spricht eine deutliche Sprache: Die deutsche Wirtschaft hat die Talsohle durchschritten. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Wirtschaftsbelebung greifen. Die gestiegenen Auftragsgänge aus dem Ausland zeigen, daß unsere Exportstärke wieder zunimmt.**

Dies ist das Ergebnis der konsequenten Stabilisierungs- und Wachstumspolitik der Bundesregierung, die sich nicht zuletzt auch in der rückläufigen Inflationsrate ausdrückt. Fortschritt zeigt sich vor allem auch in den neuen Bundesländern. Die Bilanz der Treuhandanstalt beweist eine hervorragende Aufbauleistung: 13.550 Unternehmen wurden bislang privatisiert; die Käufer garantieren 1,5 Millionen Arbeitsplätze.

Fest zugesagt wurden zugleich Modernisierungsinvestitionen in Höhe von 183,9 Milliarden D-Mark. Unsere Politik der Zukunftssicherung greift. Deutschland befindet sich auf richtigem Kurs. Jetzt müssen wir aufpassen, daß die zarte Pflanze Konjunktur nicht durch einen Arbeitskampf zertreten wird.

● In der Bauwirtschaft sollten die Tarifpartner endlich Vereinbarungen treffen,

die den Bauarbeitnehmern ein kontinuierliches Einkommen während des ganzen Jahres sichern. In anderen Ländern ist das problemlos möglich. Bei uns auch.

● Mit Sozialneid-Kampagnen oder Technikverweigerung à la Rot-Grün entsteht nicht ein einziger Arbeitsplatz. Wer

## Wahlkampf-Argumente

### ENTSCHEIDUNG



# 94

Zukunftstechnologien blockiert, bringt den Industriestandort Deutschland zu Fall.

Ein Beispiel für Zukunftsgewinnung ist der Kabinettsbeschluß vom 2. März zum Bau des Transrapid: Nur ein massiver Vorstoß in neue Technologien, moderne industrielle Felder und zukunftsorientierte Dienstleistungen werden es ermöglichen, Deutschland als führende Exportnation zu erhalten, damit Arbeitsplätze zu schaffen und soziale Sicherheit zu gewährleisten. ■

## Generalsekretär Peter Hintze: Beweis für die soziale Friedensfähigkeit der Tarifpartner

Zur Tarifvereinbarung in der Metallindustrie erklärte Generalsekretär Peter Hintze: Die Einigung in der Metallbranche ist ein Beweis für die soziale Friedensfähigkeit der Tarifpartner. Im harten internationalen Wettbewerb hat Deutschland nur eine Chance, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber an einem Strang ziehen. Nur so können Arbeitsplätze gesichert und kann Wachstum gefördert werden.

# Transrapid-Entscheidung sichert deutschen Technologievorsprung

**Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), erklärte zum Bau der Transrapid-Strecke Hamburg — Berlin:**

Mit der Kabinettsentscheidung vom 2. März für den Bau einer Magnetschwebbahnverbindung zwischen Berlin und Hamburg sind insgesamt alle Voraussetzungen geschaffen, den weltweiten Technologievorsprung der Bundesrepublik Deutschland in der Magnetschwebbahntechnik zu sichern. Der Transrapid gehört zum Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung der Bundesregierung. Industrie und Banken sind bereit, das volle Betriebsrisiko der Magnetschwebbahn zu tragen, und erklären sich bereit, zusätzlich den Bund bei der Finanzierung des Fahrweges zu entlasten.

Die Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Gesetz zur Regelung des Planungsverfahrens für Magnetschwebbahnen beschlossen. Damit werden die Voraussetzungen für den gesetzlichen Rahmen der Planung der Transrapid-Magnetschwebbahnstrecke Hamburg — Berlin sichergestellt. In dem Gesetz sind Verbesserungen des Planungsverfahrens nach dem Planungsvereinfachungsgesetz übernommen worden, um auch für den Transrapid eine zügige und kostengünstige Abwicklung des Planungsverfahrens zu gewährleisten.

Einsatz und weltweite Marktchancen einer Hochtechnologie wie der Magnetschwebbahntechnik müssen durch zukunftsorientierte Entscheidungen der Politik bei realistischer Einschätzung möglicher Risiken gefördert werden und dürfen

nicht an allgemeinen Bedenken und Unsicherheiten scheitern. Für den Standort Deutschland muß der Vorsprung der deutschen Magnetschwebbahntechnik im internationalen Wettbewerb und müssen seine Exportchancen genutzt werden. Technologievorsprung darf nicht nach dem Willen der SPD-Bundestagsfraktion anderen Industrieländern überlassen werden oder an der Technologiefeindlichkeit der SPD scheitern.

## Signalwirkung

**Zum Transrapid-Beschluß der Bundesregierung erklärten der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, und die Berichtserstatterin für Verkehr im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Bärbel Sothmann:**

Der Transrapid ist entgegen den Äußerungen aller Bedenkenträger ein Projekt, das wirtschaftspolitisch, industriepolitisch, technologiepolitisch und verkehrspolitisch sinnvoll ist. Er ist die Schnellbahntechnik der Zukunft — und eine umweltfreundliche dazu! Gerade auch deshalb muß eine Magnetbahnstrecke in Deutschland realisiert werden.

Die Bundesregierung hat im Schluß mit der Wirtschaft gehandelt. Sie hat mit ihrer Entscheidung ein Zeichen für den Technologie- und Innovationsstandort Deutschland gesetzt — ein positives Signal! Die von der Streckenführung betroffenen Länder und Kommunen sollten sich jetzt mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die Planungs- und Bauarbeiten zügig vorankommen.

## Konturen eines SPD-Wahlprogramms:

# Eine Fülle von Widersprüchen und Fragwürdigkeiten

**Am letzten Wochenende sind jetzt erste Bestandteile eines SPD-Wahlprogramms bekannt geworden. Seither ist klar, warum sich die SPD so ziert, den gesamten Programmentwurf der Öffentlichkeit vorzulegen.**

Denn die bekanntgewordenen Bausteine — oder besser Bruchstücke — dieses Programm-Puzzles zeigen eine Fülle von Widersprüchen und Fragwürdigkeiten. Noch immer wird nicht ausreichend klar, was die Bürger von der SPD zu erwarten hätten. Aber der Text, der sich schemenhaft abzeichnet, ist eindeutig die Verlobungsanzeige einer rot-grünen Koalition, das Szenario einer anderen Republik.

Es ist erschreckend, wie leichtfertig, wie unseriös die SPD in ihrem Programmentwurf mit zentralen Fragen umgeht:

- Zum Beispiel will die SPD die Bundeswehr auf 300.000 Mann reduzieren. Damit wäre die Bundeswehr nicht mehr fähig, ihre Bündnisverpflichtungen wahrzunehmen. Der jetzt erreichte Stand stellt die unterste Schmerzgrenze dar. Was darunter liegt, ist außen- und sicherheitspolitisch nicht zu verantworten. Wie die SPD vor dem Hintergrund neuer Unsicherheiten im Osten unseres Kontinents einen solchen Weg beschreiten kann, ist unbegreiflich: mit einer Schmalspur-Armee in die internationale Isolierung. Die SPD wird mit einem solchen Programm zum außenpolitischen Sicherheitsrisiko.

- Die SPD schreibt zwar in ihrem Programmentwurf, daß sie an der allgemeinen Wehrpflicht festhalten wolle. Dies aber ist mit einer Bundeswehr von 300.000 Mann unmöglich. Bei einem solchen drastischen Zusammenstauen der Bundeswehr wäre kein Gedanke mehr daran, den Anspruch der Wehrgerechtigkeit auch nur annähernd aufrechtzuerhalten. Eine Umsetzung dieser Forderung würde die allgemeine Wehrpflicht aushöhlen und letztendlich abschaffen. Das weiß die SPD, aber sie spricht es nicht offen aus.

- Die SPD plant ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 90 km/h auf Landstraßen, 30 km/h in Wohngebieten.

## Wahlkampf-Argumente



Ganz offenkundig sind die führenden Sozialdemokraten in letzter Zeit nur noch mit dem Flugzeug in Deutschland unterwegs gewesen. Sonst wüßten sie besser, was Realität ist auf deutschen Straßen: Man findet schon jetzt wegen Stau oder Tempolimit kaum einen Autobahnkilometer mehr, auf dem man schneller als 120 km/h fahren kann. Die wenigen Teilstücke, auf denen dies noch möglich ist,

auch noch zu reglementieren, heißt die Bürger zu schikanieren und den Stau zum allgemeinen Verkehrsleitprinzip zu machen.

● Die SPD hat jetzt Steuersenkungen für bestimmte Einkommensgruppen in ihr Programm aufgenommen. Das steht im Widerspruch zu Scharpings wiederholt vorgebrachter Ankündigung, die Einkommenssteuer um 10 Prozent zu erhöhen. Denn eine solche Steuererhöhung würde viele Millionen Arbeitnehmer treffen, bis weit in die Bereiche der Facharbeiter, Handwerker, Angestellten und Beamten im mittleren Einkommensbereich. Diesen Menschen kann man jetzt schon sagen: Die SPD käme sie teuer zu stehen.

## Massive Steuererhöhungen

Der Verdacht bleibt, daß die SPD insgesamt ein massives Steuererhöhungsprogramm plant. Wie anders sollte sie sonst die zahlreichen milliardenschweren Wahlversprechen finanzieren? Die Sozialdemokraten müssen jetzt klipp und klar sagen, wen sie um wieviel entlasten und wen sie um wieviel belasten wollen. Sonst ist ihr Programmentwurf nichts anderes als ein riesiges Täuschungsmanöver. Die Menschen müssen genau wissen, welche zusätzlichen SPD-Steuern sie zu erwarten hätten.

● Zum Thema Steuererhöhung gehört auch die von der SPD vorgesehene allgemeine Energiesteuer. Wer diese und weitere neue Steuern einführen will, muß konkret sagen, wo und in welchem Umfang die Unternehmen und Verbraucher dann an anderer Stelle entlastet werden sollen. Wer dies nicht tut, verstärkt über die Energiekosten den bereits vorhandenen Standortnachteil. Die deutsche Wirtschaft würde Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich einbüßen, Arbeitsplätze wären in großer Zahl gefährdet. Hinzu käme, daß der private

Verbraucher über steigende Preise doppelt zur Kasse gebeten würde.

● Die SPD hat auf ihrem Nürnberger Parteitag den Ausstieg aus der Kernenergie bis 1996 beschlossen. Auch in ihrem Wahlprogramm hält die SPD an ihrem Ausstiegs-Szenario fest. Damit würden 150.000 Arbeitsplätze verlorengehen. Es bleibt offen, wie die SPD den Anteil von 34 Prozent Strom aus Kernenergie in Deutschland anderweitig decken will. Die Folge wären steigende Strompreise und Versorgungsengpässe bei der Hälfte der deutschen Unternehmen. Bis zum Jahr 2000 würden allein der deutschen Wirtschaft zusätzliche Energiekosten von 100 Milliarden DM aufgebürdet. Auch die privaten Verbraucher würden kräftig zur Kasse gebeten. Nur mit verantwortlicher Nutzung der Kernenergie läßt sich außerdem eine Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 realisieren. Die SPD muß erklären, wie sie das ohne Kernkraft erreichen will.

● Die SPD will den Besitz von Haschisch und Marihuana legalisieren. Das hieße, vor der organisierten Drogenkriminalität zu kapitulieren. Unter Experten ist heute unbestritten, daß die sogenannten weichen Drogen der Einstieg für harte Drogen sind. Mit steigender Zahl der Erstkonsumenten durch eine Drogenfreigabe würde letztlich auch die Zahl der Drogentoten wieder steigen. Der „nationale Drogenbekämpfungsplan“ der Bundesregierung setzt dagegen auf:

- ▶ Aufklärung und Prävention,
- ▶ Repression gegen Drogenhandel,
- ▶ und Therapie für Suchtkranke

Ergebnis dieser Politik ist ein Rückgang der Zahl der Drogentoten von fast 20 Prozent 1993 gegenüber dem Vorjahr. Statt das entschlossene Vorgehen der Bundesregierung gegen Drogen-Dealer zu unterlaufen, sollte die SPD besser ihre



Hausaufgaben in den Ländern erledigen. So fehlen allein in NRW 2.500 Therapieplätze für Suchtkranke. Anstatt hier nachzubessern, hat die SPD-Regierung in Düsseldorf die Mittel zur Drogenbekämpfung 1993 um mehr als 5 Mio. DM gekürzt.

Für ein solches Programm wird die SPD in Deutschland nur einen Partner finden — die Grünen. Auf dieses Ziel hin ist der Entwurf offenkundig geschrieben. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Grüne Realitätsverweigerer und linke SPD-Ideologen würden Arm in Arm dafür sorgen, daß die Achse eines solchen Bündnisses noch weit stärker nach links verschoben würde.

„Sicherheit statt Angst“ propagiert die SPD. Aber das, was SPD und Grüne in Deutschland vorhaben, bewirkt das Gegenteil: Angst statt Sicherheit.

### **Rot-Grün = Risiko**

Rot-Grün steht für Risiko, für Ungewißheit, für instabile Verhältnisse. Rot-Grün heißt höhere Steuern, mehr Lasten für die Wirtschaft, Verlust von Arbeitsplätzen. Rot-Grün: das ist Kapitulation vor dem Verbrechen und außenpolitische Isolierung.

Deutschland braucht in dieser schwierigen Phase des Umbruchs mehr denn je Sicherheit und Verlässlichkeit. Die CDU ist auf dem richtigen Weg, unser Land aus der Rezession zu führen. Aber wir müssen jetzt Kurs halten.

Rot-Grün würde alles in Frage stellen, was bisher erreicht wurde. Und es würde neue Gefahren heraufbeschwören.

Der Weg der CDU ist manchmal unbequem. Aber es ist der sichere Weg in die Zukunft: Rot-Grün dagegen ist der Schritt auf schwankenden Untergrund. Rot-Grün käme Deutschland teuer zu stehen. Unser Land kann sich ein Sicherheitsrisiko als Regierung nicht leisten. ■

### **Nein zu „Laserdromes“**

**Kriegverherrlichende Spiele müssen verhindert werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich „Laserdromes“, deren einziges Ziel es ist, Menschen zu jagen bzw. zu töten, unaufhaltsam in der Bundesrepublik verbreiten, hat die frauen- und jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Claudia Nolte, gefordert:**

Nachdem u. a. in Gerlingen bei Stuttgart auf einer 500 qm großen Spielfläche bereits Kontrahenten mit pistolenähnlichen Zielgeräten Laserstrahlen auf Brust und Rücken der Gegner schießen können, liegt mittlerweile auch für Bonn der Antrag für die Eröffnung eines „Laserdrome“ vor. Bei der Beurteilung dieses Spiels kommt der Bund-Länder-Ausschuß „Gewerberecht“ zu dem Urteil: „Laserdromes sind sozial unwertig, verabscheuenswürdig und ein die Menschenrechte verletzendes Spiel.“

Es sei zudem nicht auszuschließen, daß besonders skrupellose und verrohte Mitspieler und Mitspielerinnen, um die Anreize noch zu erhöhen, einvernehmlich echte Waffen benutzen, die schwere Verletzungen oder Todesfolgen auslösen könnten.

„Laserdromes“, in denen auf primitive Weise die Verfolgung und Tötung von Menschen simuliert werden, sind moralisch und sittlich verwerflich. Wir müssen uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen deren weitere Verbreitung einsetzen. Es kann dabei nicht nur nach formal rechtlichen Gesichtspunkten gehen — hier muß grundsätzlich ein Entscheidung gegen „Laserdromes“ fallen.

Wir haben eine besondere Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen, deshalb muß auf jeden Fall § 10 des Jugendschutzgesetzes Anwendung finden. ■

**Bundesinnenminister Manfred Kanther:**

## Die kommunale Selbstverwaltung hat ihre Bewährungsprobe bestanden

**Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU und FDP zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise festgestellt, daß die kommunale Selbstverwaltung in den alten und neuen Ländern auch in schwieriger Lage — vor allem mit Blick auf die Herstellung der Einheit Deutschlands — ihre Bewährungsprobe bestanden hat, und bekennt sich ausdrücklich zu ihrer Mitverantwortung für die Funktionsfähigkeit der Städte, Kreise und Gemeinden.**

Hierzu erklärte Bundesminister Manfred Kanther: Die Bundesregierung ist an leistungsfähigen und finanzstarken Kommunen in hohem Maße interessiert, weil nur gesunde Kommunen in der Lage sind, ihre wichtigen Aufgaben im Staate zu erfüllen. Effizient arbeitende Städte, Gemeinden und Kreise sind die Basis für ein demokratisches Staatswesen. Deshalb unterstützt die Bundesregierung die Gemeinden bei ihren Bemühungen, die kommunalen Haushalte zu konsolidieren, im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Dies gilt insbesondere für die Kommunen in den neuen Ländern. Deshalb hat der Bund dem Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Ländern ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen und hohes Engagement wurde dafür gesorgt, daß die Kommunen im Beitrittsgebiet finanziell und personell angemessen ausgestattet sind und ihre Aufgaben erfüllen können.

In diesem Zusammenhang habe ich Verständnis für den Wunsch der Städte,

Kreise und Gemeinden, ihnen neue Finanzquellen zu erschließen. Nach Auffassung der Bundesregierung sollten die Steuereinnahmen der Gemeinden stetiger und verlässlicher sein als bisher. Eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer könnte die im Rahmen einer Gemeindesteuerreform entstehenden gemeindlichen Steuerausfälle ausgleichen. Diese Problematik wird gegenwärtig in einer beim Bundesfinanzminister eingerichteten Arbeitsgruppe zur Reform der Gewerbesteuer diskutiert.

Der diesjährige Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst hat wegen des hohen Anteils der Personalkosten an den kom-

Entscheidend kommt es jetzt darauf an, das Privatisierungspotential, insbesondere in den neuen Ländern, zu nutzen.

munalen Haushalten besondere Bedeutung. Daher begrüße ich, daß die Kommunen die Bemühungen für eine Pause beim Einkommenszuwachs im öffentlichen Dienst unterstützen.

Eine wesentliche Entlastung der kommunalen Finanzsituation wird mit der Einführung der Pflegeversicherung eintreten. Im Interesse der Kommunen sind alle Beteiligten aufgerufen, nun endlich ein tragfähiges Ergebnis zu erzielen.

Besondere Belastung bürdet den Kommunen der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz auf. Der von den

## Krise als Chance

### Der Wirtschaftsstandort Deutschland im Härtetest,

so lautet der Titel der ersten Ausgabe 1994 der „Zeitschrift zur politischen Bildung — Eichholzbrief“.

Wie ist die wirtschaftliche Situation Deutschlands im europäischen und internationalen Zusammenhang zu beurteilen? Auf welche Art und Weise muß sich die Industrie dem internationalen Wettbewerb stellen? Wie kann aufgrund veränderter wirtschaftlicher und demographischer Daten das soziale Sicherungssystem umgestaltet werden? Wie ist grundsätzlich die Bereitschaft zum Umdenken in der Bevölkerung einzuschätzen?

Mit diesen und anderen Fragen setzen sich die Autoren in ihren Einzelbeiträgen auseinander. Themen sind unter anderem: Besser als sein Ruf? — Der Standort Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich/ Umbau statt Abbau des Sozialstaates/

Die strukturelle Krise der Arbeitsgesellschaft/Umwelt hat ihren Preis — Von der Sozialen Marktwirtschaft zur Sozialökologischen Marktwirtschaft/ Die neue „lean-Diät“ gegen den Wohlstandsspeck?/Privatisierung — ein Allheilmittel?/Wieviel Zukunft bleibt noch übrig? — Perspektiven für den Hochtechnologiestandort Deutschland.

### Die Autoren:

Zur Autorenrunde gehören u. a. Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, DGB-Referent Roland Schneider, der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jörn Altmann und Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank.

Nähere Informationen und Ansichtsexemplare sind zu erhalten bei:

**Konrad-Adenauer Stiftung,  
Redaktion Eichholz Brief,  
Postfach 1331, 50387 Wesseling,  
Telefon 02236/707-432,  
Telefax 02236/707-403**

zuständigen Landesministern gefundene Kompromiß ist ein gangbarer Weg; hiernach ist im Ausnahmefall eine Streckung der Umsetzung des Rechtsanspruches möglich.

Von den Kommunen wird ein erwarteter Anstieg kommunaler Gebühren, insbesondere im Abwasserbereich, durch die von der Europäischen Union vorgegebene sog. 3. Reinigungsstufe beklagt. Die künftige Kostenentwicklung in diesem Bereich hängt indessen aber auch davon ab, inwieweit die Kommunen bestehende Rationalisierungsmöglichkeiten — unter anderem durch Beteiligung leistungsfähiger Privatunternehmen oder durch neue

Organisationsformen — ausschöpfen. Es kommt hier entscheidend darauf an, daß das Privatisierungspotential, insbesondere in den neuen Ländern, aber nicht nur dort, genutzt wird.

Der gute und solide Stand der kommunalen Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland ist ein hohes Gut in unserem föderalen, demokratischen Rechtsstaat. Städte, Gemeinden und Kreise sind darüber hinaus wichtige Bausteine für ein vereintes Europa. Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft mit großem Engagement für die kommunale Ebene, sowohl in der Bundesrepublik als auch in Europa einsetzen. ■

## Asylbewerberzahlen

### Weiterer Rückgang

**Zum neuerlichen Rückgang der Asylbewerberzahlen im Monat Februar 1994 erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Die Bilanz seit Inkrafttreten des neuen Asylrechts im Juli 1993 wird von Monat zu Monat positiver: Im Monat Februar 1994 kamen 10.487 Asylbewerber nach Deutschland, im Februar des Vorjahres waren es noch mehr als dreieinhalb mal so viele, nämlich 38.071.

So wenige Asylbewerber wie im Monat Februar 1994 kamen seit vier Jahren (April 1990) nicht mehr nach Deutschland.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen auf der Hand: Die Neuregelung des Asylrechts im vergangenen Sommer bezweckte zu verhindern, daß unter mißbräuchlicher Berufung auf politische Verfolgung die Beschränkungen für die Zuwanderung zu Beschäftigungszwecken umgangen werden.

Durch Regelung betreffend sichere Herkunftsländer und sichere Drittstaaten konnte erreicht werden, daß dem wirklich politisch Verfolgten weiterhin Schutz und Zuflucht gewährt wird, aber eine unberechtigte Berufung auf das Asylrecht verhindert wurde und diejenigen von einem langwierigen Asylverfahren ausgeschlossen werden, die unseres Schutzes deswegen nicht bedürfen, weil sie offensichtlich nicht oder nicht mehr aktuell politisch verfolgt sind. Die Anerkennungsquoten belegen den Erfolg der Rechtsänderung: immer weniger Asylbewerber, aber steigende Anerkennungsquoten, zuletzt (im Februar 1994) 6,1 Prozent.

Ein übriges hat die deutliche personelle

Verstärkung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFI) geleistet.

Die Mitarbeiter des Bundesamtes haben erfreuliche Arbeit geleistet. Vor einem Jahr waren noch knapp 500.000 Asylanträge nicht bearbeitet. Bei Inkrafttreten des neuen Asylrechts im Juli 93 betrug der Rückstand rund 460.000 Anträge. Jetzt, acht Monate nach Inkrafttreten des neuen Asylrechts, beläuft er sich auf knapp 253.000 nicht bearbeitete Asylanträge.

Setzt sich diese Entwicklung fort, werden wir gegen Jahresende keinen nennenswerten Rückstand sogenannter Altfälle mehr haben. Das in Deutschland gewährte Aufenthaltsrecht während der Bearbeitung des Asylantrages wird dann keinen Anreiz mehr darstellen, unter mißbräuchlicher Berufung auf Asyl nach Deutschland zu kommen.

Damit ist unser Ziel erreicht: Der wirklich politisch Verfolgte erhält Schutz, die mißbräuchliche Inanspruchnahme von Asyl und in Deutschland gewährten Leistungen ist verhindert.

### Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 1. März den CDU-Bundestagsabgeordneten **Klaus Lippold** zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Lippold war bisher Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe und gleichzeitig Obmann. Er ist Nachfolger von **Ulrich Klinkert**, der zum Parlamentarischen Staatssekretär ins Umweltministerium berufen wurde. — Zum neuen Stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Umwelt und somit Obmann wurde in der gleichen Sitzung **Peter Paziorek** gewählt.

## Ausländerzentralregistergesetz (AZR)

# Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Inneren Sicherheit

**Das Kabinett hat am 2. März den Entwurf eines Ausländerzentralregisters beschlossen. Der Gesetzentwurf schafft eine völlig neue umfassende Rechtsgrundlage für das seit 1953 bestehende und im Bundesverwaltungsamt in Köln geführte Ausländerzentralregister (AZR).**

Es enthält die Daten von Ausländern, die sich nicht nur vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Das AZR unterstützt die Behörden (z. B. Ausländerbehörden, Bundesgrenzschutz, Polizei) bei der Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften. Diese Behörden benötigen für ihre Entscheidungen, z. B. ob Personen abzuschieben sind, umfassende Informationen, auf die schnell und zentral zugegriffen werden muß.

Mit dem Entwurf eines Ausländerzentralregistergesetzes wird hierfür die umfassende Rechtsgrundlage auch unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange geschaffen. Das AZR trägt zu schnellen und sachgerechten Entscheidungen in Fragen bei, ob einem Ausländer die Einreise oder der Aufenthalt gestattet wird oder ob er abzuschieben ist.

Bundesinnenminister Manfred Kanther: Nach der Einbringung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes 94, das eine Vielzahl von Verbesserungen bei der Kriminalitätsbekämpfung vorsieht, ist dieser Beschluß des Kabinetts ein weiterer Beitrag zur Inneren Sicherheit.

Zur effizienten Bekämpfung der Schleuserkriminalität gehört nicht nur die ständige Verbesserung der Grenzsicherheit,

sondern auch eine konsequente Abschiebung der Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten. Der Entwurf eines Ausländerzentralregistergesetzes trägt wesentlich zur Gewährleistung dieser Aufgabe bei.

Eine wichtige Funktion kommt dem Ausländerzentralregister auch bei der schnellen Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern zu. Nach der Asylrechtsänderung im vergangenen Jahr ist die Zahl der Personen, die das Asylrecht für einen Aufenthalt in Deutschland nutzten, deutlich zurückgegangen. Es sind jedoch

---

### Entscheidungen erleichtert

---

immer noch mehr als 10.000 im Monat, bei einer Anerkennungsquote von lediglich 6,8 Prozent im Verwaltungsverfahren. Eine große Zahl der abgelehnten Asylbewerber kommt der gesetzlichen Ausreiseverpflichtung nicht nach, sondern taucht unter. Das ARZ ermöglicht hier eine schnelle Identifizierung und erleichtert die Entscheidungen der Ausländerbehörden, der Grenzdienststellen und der Polizei, ob Ausländer, die sich unberechtigt in Deutschland aufhalten, abzuschieben sind.

In der Sicherheitspolitik gibt es keinen Königsweg. Vielmehr muß ein Sicherheitsmosaik entwickelt werden, in dem viele einzelne Bausteine ihren Gesamtbeitrag zur Verbesserung der Inneren Sicherheit leisten. Der Entwurf eines Ausländerzentralregistergesetzes ist ein wesentlicher Beitrag der Bundesregierung zu dieser Aufgabe. ■

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

## Gesundheitsstrukturgesetz: Vom Rekorddefizit zum Rekordüberschuß

„Nach einem Jahr Gesundheitsstrukturgesetz zeigen die Finanzergebnisse des Jahres 1993 eine positive Bilanz für die gesetzliche Krankenversicherung. Insgesamt steht ein Überschuß von rd. 10,2 Mrd. DM in 1993 bei allen deutschen gesetzlichen Krankenkassen einem Defizit von rd. 9,4 Mrd. DM aus 1992 gegenüber.“ So hat Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer die Jahresbilanz 1993 der gesetzlichen Krankenversicherung am 1. März der Presse vorgestellt.

„Davon profitieren in erster Linie die Versicherten. Der unaufhaltsame Anstieg der Beitragssätze wurde gestoppt“, sagt Seehofer weiter. „Die Qualität der medizinischen Versorgung bleibt bezahlbar, der Ausgabenrückgang erfolgte ohne Qualitätseinbußen für die Patienten.“

Die erfolgreiche Entwicklung verpflichtet auch weiterhin alle Beteiligten, Kurs zu halten, dies heißt Ausgabendisziplin bei den Krankenkassen, wirtschaftliche Verordnungsweise bei den Ärzten und vernünftiges Verhalten der Versicherten. Eine Rückkehr in den alten Schlendrian schadet Versicherten und Leistungserbringern.

### Beispiel für Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Gewinner dieser Entwicklung ist der Wirtschaftsstandort Deutschland. Die gesetzliche Krankenversicherung ist kein Treibsatz mehr bei den Lohnzusatzkosten. Damit ist das Gesundheitsstrukturgesetz ein Beispiel für den erfolgreichen Umbau der Sozialversicherung.

Dieser Umbau ist durch mehr Wirtschaftlichkeit, Verzicht auf Überflüssiges und durch vernünftiges Verhalten aller Beteiligten erreicht worden. Die Unkenrufe vom Weg der gesetzlichen Krankenversicherung in die „Billigmedizin“ haben sich als Propaganda erwiesen.

Aus dem Defizit von 9,1 Mrd. DM 1992 in den alten Ländern wurde ein Überschuß von 9,1 Mrd. DM. Der durchschnittliche Beitragssatz ist zur Jahreswende 1993/94 in den alten Ländern bereits leicht zurückgegangen: von 13,40 Prozent auf 13,35 Prozent. In den neuen Ländern hat ein Plus von rd. 1,1 Mrd. DM das Minus von 260 Mio. DM abgelöst. Das Beitragssatzniveau hat sich mittlerweile dem in den alten Ländern angeglichen und ist zur Jahreswende von 12,74 Prozent auf 12,97 Prozent gestiegen.

Die Leistungsausgaben je Mitglied sind in den alten Ländern um 1,3 Prozent zurückgegangen. Dem steht ein Anstieg der beitragspflichtigen Einnahmen um 3,9 Prozent gegenüber. In den neuen Ländern blieben die Leistungsausgaben mit 11,8 Prozent deutlich unter dem Zuwachs der Grundlöhne um ca. 16,8 Prozent.

Sorgenkind des Jahres 1993 blieben vor allem die Fahrkosten. Die Ausgabensteigerungen mit 13,9 Prozent schließen nahtlos an die hohen Steigerungsraten der letzten Jahre an. Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hat mit den Stimmen aller Beteiligten gefordert, daß die Preissteigerungen für die Krankentransporte und Rettungsdienste zukünftig im Rahmen bleiben sollen.

## Aufruf zu den Betriebsratswahlen

# Stellen Sie sich als Kandidat zur Verfügung, und machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch

**Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefordert, sich an den Betriebsratswahlen zu beteiligen, die in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai erstmals gemeinsam in Ost- und Westdeutschland stattfinden. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:**

Die Arbeitnehmer brauchen gute Betriebsräte. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind kompetente, handlungs- und verantwortungsbereite Arbeitnehmervertretungen wichtig für den sozialen Ausgleich und den innerbetrieblichen Frieden. Jetzt muß sich soziale Partnerschaft bewähren. Sie ist auf starke Arbeitnehmervertretungen angewiesen. Und für die müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst sorgen, indem sie sich entweder als Kandidaten zur Verfügung stellen oder auf jeden Fall von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Dazu rufe ich auf.

Das Betriebsverfassungsgesetz räumt dem Betriebsrat weitreichende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten ein und überträgt ihnen wesentliche Befugnisse im Rahmen der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes und nicht zuletzt beim Einsatz neuer Techniken in den Betrieben. Unsere Betriebsverfassung sieht in den Arbeitnehmern und ihren Vertretern, den

Betriebsräten, nicht nur Beschäftigte, die dem Betrieb ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, sondern Mitarbeiter, die durch Mitbestimmung und Mitverantwortung die Geschicke des Betriebes mit beeinflussen. Ihre Erfahrung und Kompetenz noch besser zu nutzen, könnte — wie etwa ein Vergleich mit Japan zeigt — wichtige Impulse für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe liefern. Intelligente Unternehmensführungen lassen das Wissen der Belegschaft nicht brach liegen.

### Beteiligen Sie sich!

Viele Betriebsräte waren in der Vergangenheit reine Männergremien. Deshalb möchte ich an die Frauen appellieren, sich in Zukunft stärker an der Betriebsratsarbeit zu beteiligen. Betriebsratsarbeit sollte in Zukunft Frauen- und Männersache sein. Auch die ausländischen Arbeitnehmer fordere ich auf, sich an den Betriebsratswahlen aktiv zu beteiligen. Gerade der Betrieb hat sich in der Vergangenheit als ein wichtiger Ort der Begegnung und der vorurteilsfreien kollegialen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Ausländern bewährt.

Danken will ich den Betriebsratsmitgliedern, die sich in den vergangenen Jahren für ihre Kolleginnen und Kollegen eingesetzt haben und deren Amtszeit nun zu Ende geht. ■

## Öffentliche Informationskampagne für die Europawahl 94:

### **„Am 12. Juni wählen gehen!“**

**Das Europäische Parlament, der Deutsche Bundestag, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland haben beschlossen, vom Februar bis zum 22. Mai eine gemeinsame bundesweite Informationskampagne unter dem Motto „Wählen gehen! Europawahl 12. Juni“ durchzuführen.**

Die Initiative soll unabhängig und frei von parteipolitischer Werbung den Bürger über die Bedeutung der Europawahl informieren. Eine solche Zusammenarbeit, die alle Aktivitäten von nationalen und europäischen Institutionen bündelt, findet zum ersten Mal im Vorfeld der Europawahl in Deutschland statt. Alle Informationen der Kampagne weisen das gleiche Logo und den gleichen Slogan auf. Auf vielfältige Weise sollen über eine große Zahl von Medien möglichst alle Bürger von dem Informationsangebot erreicht und auf den Wahltermin aufmerksam gemacht werden. Folgende Aktionen sind unter anderem geplant:

- Anzeigen, Poster und Informationsbroschüren in Zeitungen und Illustrierten sollen auf den Wahltermin aufmerksam machen.
- Eine Informationsbroschüre „Europa vor der Wahl“ soll über die Institutionen und Aufgaben der Euro-

päischen Union informieren, wobei der besondere Akzent auf das Europäische Parlament und seine neuen Kompetenzen gesetzt wird.

- Rundfunk und Fernsehen werden Informationen zur Europäischen Union im Vorfeld der Wahl senden.
- Ein Kinospot, der von Ende April bis Mitte Mai bundesweit laufen wird, soll vor allem die Jugendlichen, die zum ersten Mal an einer Europawahl teilnehmen, auf Europa und den Wahltermin hinweisen.
- Eine Telefonkarte mit dem Wahllogo und -slogan soll ab April bundesweit in allen Postämtern erhältlich



sein, um auf die Europawahl aufmerksam zu machen.

- Ein Europäisches Jugendparlament wird im Mai 1994 in Dresden stattfinden. Hier haben Jugendliche die Möglichkeit, sich über europäische Themen zu informieren und kritische Fragen an Politiker zu richten.
- Die Vertretung der Europäischen Kommission wird ein Infomobil durch ganz Deutschland schicken, um gezielte Informationen vor Ort geben zu können.



# Einstieg in die Diskussion einer europäischen Verfassung

Das Europäische Parlament hat während seiner Februarsitzung in Straßburg eine erste Debatte über den Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union geführt. Die Arbeiten zu diesem Entwurf sollen von dem im Juni neu zu wählenden Parlament — unter Einbeziehung der Beiträge der nationalen Parlamente und der öffentlichen Meinung sowohl der Mitgliedsstaaten als auch Beitrittsländer — fortgeführt und vertieft werden.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, erklärte hierzu:

Mit der Vorlage dieses Textes durch den institutionellen Ausschuß des Europäischen Parlaments soll ein erster Einstieg in eine neue Verfassungsdiskussion geleistet werden, die unter Einbeziehung der nationalen Parlamente, der Regierungen und der öffentlichen Meinung möglichst breit geführt werden soll. Ziel dieser Diskussion ist es, einen stabilen politischen und rechtlichen Rahmen zu schaffen, in

dem die Machtverteilung, die Zuständigkeiten und die Verantwortlichkeiten in der Europäischen Union klar definiert sind. Klarheit, Einfachheit und Verständlichkeit bei der Definition der politischen und rechtlichen Grundsätze sind die Kriterien, an der sich die zukünftige Diskussion ausrichten muß, um zu mehr Demokratie und Transparenz in der Europäischen Union beizutragen. Eine der wichtigsten Ursachen für die Skepsis, die dem Maastrichter Vertrag entgegengebracht wurde, beruht auf seiner komplizierten Struktur und der Unverständlichkeit für die Bürger.

## Transparenz und Bürgernähe

Die Christdemokraten haben bereits seit 1983 aktiv an der Verfassungsdiskussion teilgenommen. Insbesondere legte der CDU-Europaabgeordnete Rudolf Luster einen konkreten Text in Form eines Entschließungsantrages vor. Unser Ziel ist es, auch in Zukunft sicherzustellen, daß die Verfassungsdiskussion zu mehr Demokratie, Transparenz und Bürgernähe in der Europäischen Union führt. ■

## Günter Rinsche neuer Vorsitzender des Bundesfachausschusses Europapolitik

Prof. Günter Rinsche, MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, ist auf Vorschlag von Generalsekretär Peter Hintze einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Europapolitik gewählt worden.

Die Nachwahl ist wegen des tragischen Unfalltods des bisherigen Vor-

sitzenden, Bernhard Sälzer, notwendig geworden.

Rinsche koordiniert die Zusammenarbeit des Konrad-Adenauer-Hauses mit den CDU-Europaabgeordneten und ist als kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand der erste Ansprechpartner der Parteiführung in europapolitischen Angelegenheiten.

## Arbeitszeitrechtsgesetz

# In keiner Weise ein „Dammbruch in Richtung Sonntagsarbeit“

**Ziel des neuen Arbeitszeitsrechts ist es, den Rahmen für die Flexibilität in der wöchentlichen Arbeitszeit deutlich auszuweiten. Damit sollen die Voraussetzungen für flexiblere Arbeitszeiten und längere Maschinenlaufzeiten erheblich verbessert werden. Es bleibt dann aber die Sache der Tarif- und Betriebspartner, diesen Rahmen auszuschöpfen und innerhalb dieses Rahmens die tatsächlichen Arbeitszeiten selbst zu vereinbaren.**

In der abschließenden Beratung des federführenden Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 2. März hat die Regierungskoalition entscheidende Verbesserungen zum Regierungsentwurf eines Arbeitszeitrechtsgesetzes durchgesetzt. Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen sind nach dem neuen Arbeitszeitrechtsgesetz entsprechend den bisherigen Grundsätzen zulässig.

Sie werden notwendigerweise, der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung der letzten 100 Jahre folgend, angepaßt und in übersichtlichen Ausnahmetatbeständen zusammengefaßt. Ein großer Teil dieser Ausnahmen betrifft den Dienstleistungsbereich. Wie auch schon bisher ist industrielle Sonn- und Feiertagsarbeit erlaubt, wenn technische Erfordernisse eine ununterbrochene Produktion voraussetzen.

Die Behauptung, daß mit der gesetzlichen Neuregelung einer ungehemmten Ausdehnung der Sonntagsarbeit wegen wirtschaftlicher Vorteile Tür und Tor geöffnet werde, ist unzutreffend. Im

Gegenteil haben die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP vielmehr durch zahlreiche Änderungsanträge nicht nur die Gestaltungsmöglichkeiten der Tarifpartner für moderne Arbeitszeitregelungen entscheidend verbessert, sondern den Gesetzesentwurf so präzisiert und praxisnah gestaltet, daß trotz möglicher Ausnahmen der Sonntag auch weiterhin Sonntag bleibt.

Ein Betrieb soll zukünftig nachweisen müssen, daß er die mögliche wöchentliche Arbeitszeit von 144 Stunden zunächst weitgehend ausnutzt und seine Wettbewerbsfähigkeit gefährdet ist, weil seine Konkurrenten im Ausland auch an Sonntagen arbeiten oder ohne die Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit Arbeitsplätze verlorengehen. Dann erst sollen die deutschen Gewerbeaufsichtsämter zukünftig die Erlaubnis erteilen dürfen.

Industrielle Sonn- und Feiertagsarbeit sollen vor allem dann zulässig sein, wenn technische Erfordernisse eine ununterbrochene Produktion erfordern, z.B. um das Verderben von Rohstoffen, das Mißlingen von Arbeitsergebnissen und die Zerstörung bzw. Beschädigung von Produktionseinrichtungen zu verhindern.

Besonders wichtig ist es z.B. für die Textilindustrie, die es gern für maximal 4 Prozent ihrer Beschäftigten an Sonntagen nutzen würde. Für andere Wirtschaftszweige, wie z.B. die Chip-Industrie, sind längst Ausnahmeregelungen erlaubt.

Die im Regierungsentwurf vorgesehene Ausnahme „oder andere Arbeitsbedingungen im Ausland“ ist ersatzlos gestri-

chen worden, weil sie tatsächlich zu weit großzügigeren Genehmigungen von Sonntagsarbeit geführt hätte.

Die vorsichtige Lockerung des Verbots der Sonn- und Feiertagsarbeit stellt in keiner Weise einen „Dammbruch in Richtung Sonntagsarbeit“ dar. Vielmehr fordert sie Phantasie und Gestaltungsgeschick der Tarifpartner bei der Ausschöpfung der zulässigen gesetzlichen wöchentlichen Betriebszeiten, indem verstärkt persönliche Arbeitszeit und Maschinenlaufzeit entkoppelt oder Jahresarbeitszeitmodelle entwickelt werden.

Der Schutz der Sonn- und Feiertagsarbeit ist mit den jetzt beschlossenen Regelungen bei weitem strenger gefaßt als in jedem anderen vergleichbaren Industrieland. Dennoch werden die wirtschaftlichen Bedingungen berücksichtigt, indem für einzelne Extremfälle die Sonntagsarbeit zugelassen werden kann. Diese Regelungen tragen sowohl dem aus christlicher Sicht hohen Gut der eigenen Arbeit als auch dem grundsätzlichen Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe Rechnung.

Es bleibt beim Grundsatz des 8-Stundentages. Der Gestaltungsfreiraum für eine intelligentere Verteilung der Arbeitszeit wird jedoch erweitert: Die tägliche Arbeitszeit kann auf bis zu 10 Stunden verlängert werden, wenn diese Verlängerung innerhalb eines Ausgleichszeitraums von 6 Monaten (bisher noch 2 Wochen) auf durchschnittlich 8 Stunden ausgeglichen wird.

Zukünftig soll Nachtarbeit für Frauen und Männer einheitlich arbeitsmedizinisch und sozialpolitisch flankiert werden, nicht aber — wie in der Vergangenheit — für bestimmte Arbeitnehmergruppen verboten werden. So sind z.B. gesetzliche Regelungen über arbeitsmedizinische Untersuchungen, Umsetzungsansprüche auf Tagesarbeitsplätze bei gesundheitlicher Gefährdung oder bei

Betreuung von Kindern unter 12 Jahren und schwerpflegebedürftigen Angehörigen im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten vorgesehen.

Das Gesetz soll voraussichtlich am 1. Juni 1994 in Kraft treten. ■

## Bei Wohnhäusern auf Baugenehmigung verzichten

**Wohnbauvorhaben bis zur Höhe eines Hochhauses, die aus einem genehmigten Bebauungsplan entwickelt werden und demzufolge nach § 30 des Baugesetzbuches zu beurteilen sind, sollten so schnell wie möglich obligatorisch von einer Baugenehmigung freigestellt werden.**

Diese Auffassung vertritt der CDU-Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau mit seinem Vorsitzenden Werner Dörflinger, der nach einer Sitzung des Ausschusses im Konrad-Adenauer-Haus folgendes erklärte:

Nach der in mehreren konsequenten Abschnitten erfolgten Lockerung der baurechtlichen Bestimmungen des Bundes ist es höchste Zeit, auch das in die Zuständigkeit der Bundesländer fallende Bauordnungsrecht zu straffen, auf seine Effektivität hin zu prüfen und sich vor allem darum zu bemühen, die im internationalen Vergleich viel zu langen Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Dazu bieten sich vor allem Wohnbauvorhaben an, die den planerischen Festlegungen eines genehmigten Bebauungsplanes entsprechen. Es ist nicht einzusehen, warum solche Projekte einer baurechtlichen Genehmigung bedürfen. Es reicht völlig aus, derartige Bauvorhaben der zuständigen Behörde zur Kenntnis zu geben. ■

# Urteil zur Rundfunkgebühr begrüßt

**Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Februar zur Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU, Parlamentarischer Staatssekretär Bernd Neumann:**

Das Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts zur Festsetzung der Rundfunkgebühr für das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist zu begrüßen. Es bestätigt das duale System und klärt Rolle und Auftrag von ARD und ZDF innerhalb dieses dualen Systems, so wie es auch die CDU in ihrem neuen Grundsatzprogramm auf dem Bundesparteitag in Hamburg beschlossen hat.

Die Ermittlung des Gebührenbedarfs durch eine unabhängige Kommission gibt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine sichere Perspektive für die Zukunft.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Festsetzung der Rundfunkgebühr einer unabhängigen Kommission zuweist und so die Erhöhung der Rundfunkgebühren in begrüßenswerter Weise objektiviert, ist die von den Öffentlich-Rechtlichen beanspruchte Unabhängigkeit von der Politik besonders gesichert. Das bedeutet, daß die Werbung und damit die Mischfinanzierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Hinblick auf dessen Unabhängigkeit an Bedeutung verloren hat. Die CDU fordert deshalb erneut, daß sich mittelfristig der öffentlich-rechtliche Rundfunk ausschließlich aus Gebühren und die privaten Veranstalter aus Werbung finanzieren. Mit einem werbefreien Programm könnten ARD und ZDF ihrem besonderen Auftrag zur Grundversorgung wesentlich besser Rechnung tragen.

Das Urteil des Bundesverfassungsge-

richts ist kein Freifahrtschein für öffentlich-rechtliche Expansion. Aus gutem Grund lehnte das Gericht eine Festsetzung der Rundfunkgebühren durch die Rundfunkanstalten selbst ab. Es hob vielmehr hervor, daß „sich dann nicht gewährleisten ließe, daß die Gebührenzahler nur in dem vom Rundfunkauftrag geforderten Maß belastet würden“.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muß vielmehr weiterhin dessen Funktion und dem besonderen Auftrag zur Grundversorgung entspre-

**Bernd Neumann: Die CDU fordert erneut, daß sich mittelfristig der öffentlich-rechtliche Rundfunk ausschließlich aus Gebühren und die privaten Veranstalter aus Werbung finanzieren.**

chen. Deshalb bekräftigt die CDU die Aussage des Bundesverfassungsgerichts, daß die maßgeblichen Kriterien der Finanzierung weiterhin die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Sender sind. Hier muß insbesondere die ARD noch deutlichere Beiträge leisten.

Es gibt auch weiterhin — wie das Bundesverfassungsgerichts schon in seinem Urteil vom 6. Oktober 1992 betonte — keine Pflicht des Gesetzgebers, jede Programmausweitung der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch eine Gebührenerhebung finanziell zu honorieren. Die CDU fordert daher die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erneut auf, sich an ihrem besonderen Auftrag zur Grundversorgung zu orientieren und dementsprechend abzuspicken.

# Thermoselect noch keine Alternative

**In vielen Städten und Kreisen müssen aufgrund nicht mehr ausreichenden Deponieraumes Planungen für Abfallbeseitigungsanlagen und insbesondere für Müllverbrennungsanlagen betrieben werden.**

Aus der Sicht des Umweltschutzes ist entscheidend, daß bei diesen Anlagen die gesetzlichen Anforderungen wie der Abfallverbrennungsanlagenverordnung (17. BImSchVO), die für die Abfallverbrennung international vorbildliche Standards setzt, erfüllt werden. Mit welchen technologischen Verfahren dieses Ziel erreicht wird, ist vom Gesetz nicht vorgegeben.

Als eine Alternative wird immer wieder das Thermoselect-Verfahren in die Diskussion gebracht. Die Unsicherheit in den Kommunen, ob dieses Verfahren die hohen Erwartungen erfüllen kann, ist groß. Insbesondere herrscht Unsicherheit, ob das Thermoselect-Verfahren so rechtzeitig als ausgereiftes Verfahren zur Verfügung steht, daß es als Grundlage

jetzt zu fällender und nicht aufschiebbarer Entscheidungen gemacht werden kann.

Die Aussagen der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Koalitionsfraktionen (BTDr. 12/6597) können diese Unsicherheit leider nicht beseitigen. Sie erwartet mindestens noch einen mehrjährigen Zeitraum einschließlich eines ersten längeren Dauerbetriebs.

Es könne zur Zeit das Risiko eines Fehlschlages noch nicht ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung sieht sich daher nicht in der Lage, über die Realisierbarkeit und Genehmigungsfähigkeit einer großtechnischen Anlage nach dem Thermoselect-Verfahren eine Aussage zu treffen.

**Adolf Herkenrath**, Vorsitzender der AG-Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, **Steffen Kampeter** und **Peter Götz**: Für Kommunalpolitiker, die jetzt oder in Kürze zu entscheiden haben, ergibt sich daraus, daß das Thermoselect-Verfahren gegenwärtig noch keine Alternative ist.

## Organisationshandbuch – 5. Fortschreibung

**R**echtzeitig vor dem Wahlkampfmarathon 1994 erscheint in diesen Tagen die 5. Fortschreibung des Organisationshandbuchs der CDU, Stand 31. Januar 1994. Zahlreiche Veränderungen und die umfangreichen Gebietsreformen in allen neuen Bundesländern haben eine völlige Überarbeitung des Nachschlagewerks erforderlich gemacht. Alle Veränderungen, insbesondere auch die Kreiszusammenschlüsse in den neuen Bundeslän-

dern, die bis zu diesem Zeitpunkt vorlagen, fanden Berücksichtigung. Erweitert wurde diese Ausgabe um Informationen über CDU-nahe Stiftungen, die unter Punkt 3 aufgeführt sind.

Aufgrund der Vielzahl von Wahlen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene sowie der Neuwahl des CDU-Bundesvorstands im November diesen Jahres ist die nächste Fortschreibung für Anfang nächsten Jahres vorgesehen.

# Sport im Alter muß vor allen Dingen Freude machen

Die Dokumentation „20 Jahre 40 — 30 Jahre 50“ — Gesund durch Sport im Alter“ hat der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär Bernhard Worms, am 4. März in Bonn auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie geht auf den bundesweiten Fachkongreß der Senioren-Union „Gesund durch Sport im Alter“ zurück, der am 21. Juni 1993 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfand.

In der Broschüre kommen Fachleute und Experten zu Wort, die nicht nur selbst beispielhafte Initiativen zu Sport im Alter ergriffen haben, sondern darüber hinaus können einige auf eine persönliche sportliche Karriere zurückblicken, haben Erfahrung im Umgang mit sportlich aktiven älteren Menschen und/oder treiben heute selbst aktiv Sport.

Bernhard Worms stellt fest, daß angesichts der demographischen Entwicklung in unserer Gesellschaft die Thematik „Sport im Alter“ zukünftig einen höheren Rang einnehmen wird. Träger und Förderer im öffentlichen und privaten Bereich haben dafür Sorge zu tragen, daß der Ausbau sportlicher Betätigungsmöglichkeiten für ältere Menschen Fortschritte macht.

Hieraus ergeben sich als politische Forderungen:

- Sport für Ältere muß in jeder Hinsicht gefördert werden. Sport ist Prävention und beugt Altersabbau-Erscheinungen vor. Sport ist Rehabilitation durch Wiedergewinnung der Kompetenz nach Erkrankung. Sport ist Bestandteil der

„sekundären Prävention“. Hier geht es um Maßnahmen zur Verhütung von Nachfolge- oder Wiedererkrankung nach der Rehabilitation (Herzinfarkt, Schlaganfall).

- Sport im Alter sollte als sozialintegrative Maßnahme im Altenplan verankert werden.
- Sport im Alter muß von den Krankenkassen unterstützt werden und insbesondere als eigenständiges Präventionspro-



Die Broschüre kann in der Geschäftsstelle der Senioren-Union, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn (Tel. 02 28/54 40), bestellt werden.

gramm auch öffentlich wirksam umgesetzt werden.

- Forderung an den Deutschen Sportbund, die Leistungsnormen der gestiegenen Lebenserwartung anzupassen.
- Sport im Alter sollte als Teilbereich der Geriatrie in die Approbationsordnung für Ärzte aufgenommen werden.
- Die Innenminister der Länder sowie das Bundesministerium für Familie Senioren und das Bundesministerium des Innern sollten die Thematik „Sport im Alter“ gezielt unterstützen.

## Keine Macht den Drogen

**Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling: Obwohl die Zahl der Drogentoten und der Erstkonsumenten harter Drogen im vergangenen Jahr zurückgegangen ist, kann nicht von einer Trendwende in der Drogenszene gesprochen werden.**

Zahlen verstellen nur allzu leicht den Blick auf die Tatsache, daß es hier um Einzelschicksale geht und in vielen Fällen auch die Familien von Drogenabhängigen in Not und Elend mit hinein gerissen werden.

Bei der Drogensucht handelt es sich um ein gesellschaftliches Problem, das mehr und mehr sozialen Sprengstoff in sich birgt. Deshalb kommen in diesem Buch Experten aus allen an der Drogenproblematik beteiligten Gruppen und Institutionen zu Wort: Betroffene, Suchtberater, Therapeuten, Mediziner, Juristen und Kriminalisten. Und nicht zuletzt auch Politiker, denn sie müssen die Erfahrungen der Experten bündeln und Strategien präsentieren, die auch in Zukunft nur ein Ziel haben können: ein Leben ohne Drogen!

Weitere Schwerpunkte bilden politische Konzepte zur Drogenbekämpfung

und Eindämmung der im Hintergrund operierenden organisierten Kriminalität. Roland Sauer, drogenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, setzt auch in Zukunft auf eine Drogenpolitik der Vorbeugung, der Therapie sowie der Bekämpfung der organisierten Drogenmafia.

**Roland Sauer  
und Johannes Singer (Hg.)  
Keine Macht den Drogen  
Strategien gegen die Sucht —  
Experten informieren  
144 Seiten, Paperback  
ISBN 3-87959-498-8  
16,80 DM**

Das Buch enthält Beiträge von Hans-Jörg Albrecht, Gerhard Bühringer, Rolf Hüllinghorst, Eduard Lintner, Hans-Peter Repnik, Roland Sauer, Johannes Singer, Karl-Ludwig Täschner, Hans-Ludwig Zachert und von zwei ehemaligen Drogenabhängigen.

Es wird abgerundet durch einen Überblick über die zentralen Drogen- und Suchtberatungsstellen in Deutschland.

## Weltpartner Europäische Union

Unter diesem Titel haben Prof. Ludger Kühnhardt, Universität Freiburg, und der Europa-Abgeordnete Hans-Gert Pöttering sich auf die Suche nach neuen, verbindlichen Formen der inneren Ordnung Europas gemacht. In der Reihe Texte + Thesen der Edition Interfrom, Zürich, haben die Verfasser die weltpolitischen Rahmenbedingungen und transatlantischen Perspektiven der EU, ihre veränderten ostpolitischen Aufgaben und die Beziehungen zu den islamischen Staaten erarbeitet, die sie als kulturpolitische Bewährungsprobe in einer globalen Partnerschaft verstehen. — Das Taschenbuch kann im Buchhandel bezogen werden. Preis: 22 DM.

# Parteitag im Zeichen des Wandels

„Ich werde auch weiterhin alles tun, um die Hamburger CDU nach vorn zu bringen,“ versprach Dirk Fischer nach seiner erneuten Wahl zum Landesvorsitzenden der CDU Hamburg. Als stellvertretende Landesvorsitzende wählten die Delegierten Ole von Beust, Birgit Schnieper-Jastram, Gunnar Uldall und Antje Blumenthal.

In seinem Rechenschaftsbericht wies Fischer darauf hin, daß die Hamburger CDU „in den letzten beiden Jahren durch notwendige Veränderungen im Zeichen des Wandels“ gestanden habe.

Zu den personellen Erneuerungen zählen u. a., daß Anfang des Jahres 1994 rund ein Drittel der Ortsverbände einen neuen Vorsitzenden gewählt haben, die Aufnahme von drei Parteilosern in die CDU-Bürgerschaftsfraktion sowie eine starke Verjüngung bei den 55 Hamburger CDU-Deputierten. 14 von ihnen sind jetzt unter 35 Jahren alt.

Neben neuen Kräften steht die stärkere Einbindung der Mitglieder in die CDU im Vordergrund der Reformen. Um das Gespräch zwischen Mitgliedern und Funktionsträgern zu fördern, wurde im letzten Jahr ein Mitgliederforum veranstaltet.

Nach dieser „ersten Etappe“ der Reformen müsse die CDU, so Fischer, jetzt noch stärker in die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner gehen. Viele Wähler, die in Hamburg nicht CDU gewählt hätten, seien nachdenklich geworden.

Die SPD zeige sich unverkennbar schlapper im Anpacken von Problemen und mit der Statt-Partei laufe die Verfilzung und Selbstbereicherung weiter. In wenigen Monaten sei in Hamburg aus dieser Protestpartei eine Podestpartei und der bil-

ligste Koalitionspartner für die SPD geworden.

Fraktionsführer Ole von Beust spitzte die Kritik an dem SPD/Statt-Senat vor allem auf zwei Themen zu:

- Voscheraus geplanter Verzicht auf Räumung der Hafestraße. Dieses Problem habe in ganz Deutschland einen hohen Symbolwert für Verlässlichkeit in der Politik.

- Die „unsolide Haushaltspolitik“ des Senats. Sparen dürfe in der Hansestadt keine Floskel bleiben. Aus drei Bereichen dürfe sich der Senat allerdings nicht zurückziehen:

- ▶ der Sicherheit des Menschen
- ▶ der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg und
- ▶ der Gerechtigkeit gegenüber den Schwachen.

In diesen Punkten müsse die CDU Profil gewinnen. So habe sie die Chance, eine verantwortliche Politik zu machen, die Vertrauen verdient, hob Ole von Beust hervor.

## STOPPT RECHTS ROCK

... heißt eine neue Broschüre, in der sich die Junge Union mit der Skinhead-Szene und rechten Medien auseinandersetzt. Ausführlich werden auch die Möglichkeiten dargelegt, wie gegen den „Rock von Rechts“ juristisch vorgegangen werden kann. Die Broschüre kann bestellt werden bei der

**Jungen Union in 53175 Bonn**  
**Annaberger Straße 283**  
**Telefon (0228) 31 00 11**  
**Fax (0228) 38 45 20**  
**Preis: 2 DM pro Exemplar.**



# 140 Neumitglieder in 45 Tagen

## Mitgliederboom in Schleswig-Flensburg

Seit Anfang des Jahres sind im Kreis Schleswig-Flensburg 27 Frauen und Männer der CDU beigetreten. Auf die Frage, worauf dieser rapide Zuwachs zurückzuführen ist, meinte Peter Henningsen, Bürgermeister einer größeren Landgemeinde dieses Kreises: Bei uns tragen die verantwortlichen Christdemokraten Beitrittsformulare in der Brieftasche. Zum Beweis zieht er ein solches aus seiner Jacke.

Ein Bauunternehmer aus seinem Ort hat es allein auf 23 Neumitglieder gebracht. Dessen Erfahrung: Man muß nur auf die Bürger zugehen. Mehr Menschen, als man denkt, sind bereit, sich zu den Christdemokraten zu bekennen. Als der Chef dieses mittelständischen Unternehmens vom CDU-Kreisvorsitzenden wegen seines Einsatzes mit einem Anerkennungspräsent persönlich aufgesucht wurde, meinte der Ausgezeichnete lakonisch: „Also 30 Neumitglieder sind mein Jahresziel.“

Seit Beginn des Jahres 1994 geht es im Kreisverband Schleswig-Flensburg mit der CDU steil aufwärts. Einen solchen Boom hat es seit Jahren nicht mehr gegeben. Bis heute registrierte man 141 Neumitglieder. In 45 Tagen mehr als 140 Mit-

glieder zu gewinnen, ist fast einzigartig. Der Trend zur Union war bereits gegen Ende 1993 spürbar. 130 Neumitglieder gab es im Vorjahr. Erstmals konnte nach Jahren rückläufiger Mitgliedszahlen der Stand gehalten werden. Auch in der Nordunion gab es einen hohen Altersdurchschnitt, aber fast alle Sterbefälle und Spontanaustritte wurden 1993 durch Neuzugänge aufgehoben.

Es ist ein ganzes Bündel von Ursachen, die zum Aufbruch im nördlichsten CDU-Kreisverband Deutschlands geführt haben. Die Sonderaktion zur „Schnuppermitgliedschaft“, die 12 Interessenten brachte, ist nur eine davon. Dazu gehört auch ein selbstbewußtes und offensives Auftreten der CDU-Repräsentanten, eine offene, auf Dialog eingestellte Parteilarbeit und eine Verstärkung der „Binnenhaftung“ der Mitglieder.

Das neue Grundsatzprogramm wurde auf einem offenen Kreisparteitag mit Vertretern verschiedener Gruppen von den Kirchen bis hin zu den Gewerkschaften kritisch diskutiert. Der im vergangenen Jahr neugebildete Kreisvorstand hat sich in einer Selbstbindung dazu verpflichtet, in seiner Amtszeit für mindestens 50 neue Mitglieder zu sorgen.

### Auch unser Tip: Aufnahmeantrag parat haben!

Der neue Aufnahmeantrag der CDU — mit dem Motto „Zeit zum Mitmachen. Ergreifen Sie Partei!“ — wurde so gestaltet, daß Sie unkompliziert Mitglieder werben können: Der Teil „Zusatzangaben“ kann abgetrennt werden, so daß Sie an Ort und Stelle nur die rechtlich nötigen Beitrittsdaten ausfüllen müssen. Die fehlenden Zusatzangaben können nachträglich von der Geschäftsstelle mit einem Extra-Bogen eingeholt werden. Das Material ist kostenlos beim IS-Versandzentrum erhältlich. — Aufnahmeantrag (Best.-Nr. 6719), Abfragebogen für Zusatzangaben (6721), Beitragsstaffel (6720).

## Werbemittel zur Europawahl

### ● „Impulse“ für den Wahlsieg '94 Das Wahlkampfregiebuch

In keinem anderen Jahr gab es so viele verschiedene Wahlen wie in diesem Megawahljahr. Und trotz der Vielfältigkeit dieser Wahlen haben sie dennoch eines gemeinsam. Wir wollen für unsere Partei die Mehrheit der Stimmen, das bestmögliche Ergebnis für die CDU herausholen. Gehen Sie deshalb mit Köpfchen an den Start. Ein Patentrezept für den erfolgreichen Wahlkampf gibt es dabei nicht! Wohl aber eine Menge Tips, die von vielen CDU-Verbänden bereits in der Praxis erfolgreich eingesetzt werden. „Impulse“ ist als Ideengeber und organisatorische Checkliste konzipiert, die jedoch nicht das Nachdenken vor Ort ersetzen soll.

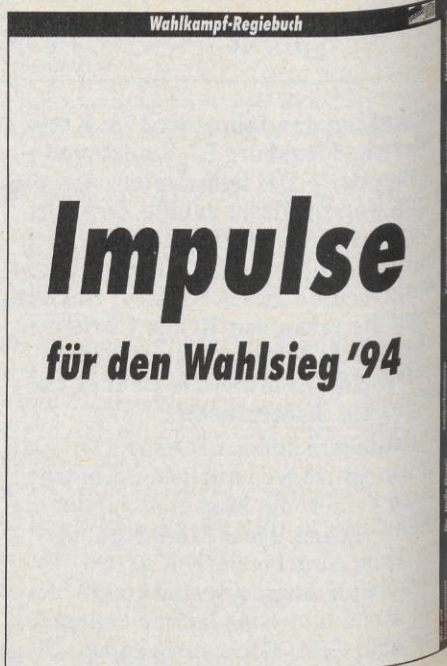
Bestell-Nr.: 4820

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 17,50 DM

### ● Der Niedergang der „Schmucken Riege“ — Das Versagen der SPD in den Ländern

Gut ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl bleiben die konkreten politischen Absichten der SPD noch immer schemenhaft. Viel deutlicher ist da schon die Diskrepanz zwischen den Wahlversprechen der SPD und ihren tatsächlichen Leistungen. Die nun vorliegende Dokumentation zeigt anhand von Daten und Fakten, wie sich z. B. die Pro-Kopf-Verschuldung oder die Arbeitslosigkeit in den SPD-regierten Ländern entwickelt hat. Das vernichtende Resultat der Analyse zeigt deutlich, daß die SPD nach wie vor weder im Bund noch im Land in der Lage ist, verantwortlich Regierungsgeschäfte zu führen. Statt zu



sparen, belastet sie die Wirtschaft, anstatt einer Stärkung der Polizei vernachlässigt sie die innere Sicherheit, um nur eine kleine Auswahl der Versäumnisse aufzuzählen. Fakt ist deshalb: Die SPD ist nicht regierungsfähig.

Bestell-Nr.: 5797

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24 DM.

Bestellungen an:  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1164  
33759 Versmold  
Fax (054 23) 4 15 21

● **Flagge zeigen für die CDU**

Zugegeben, zur Zeit ist es vielleicht noch ein bißchen kalt, um unser neues T-Shirt am Canvassing-Stand anzuziehen. Doch die ersten Frühlingsboten sind bereits da, und wenn das Wetter es zuläßt, dann sollten Sie gerüstet sein, um einheitlich für unsere Partei auftreten zu können. Dann heißt es Flagge zeigen für die CDU, das bisher Erreichte und die künftigen Ziele. Denn gerade in einer Zeit zunehmender Gewaltbereitschaft ist es wichtig, sich öffentlich von Gewalttätern zu distanzieren und Partei für die CDU zu ergreifen. Dieses modische T-Shirt aus 100 Prozent Baumwolle wurde in einer sehr hochwertigen Qualität hergestellt und ist in den Größen M, XL und XXL zum Preis von DM 11,30 zzgl. MwSt. erhältlich.

- Größe M:
- Größe XL:
- Größe XXL:

- Bestell-Nr.: **9783**
- Bestell-Nr.: **9784**
- Bestell-Nr.: **9785**



**GEFAHR FÜR UNSER LAND**

**Was Rot-Grün mit Deutschland vorhat**

**SICHER IN DIE ZUKUNFT**  
**CDU**

● **Gefahr für unser Land — Was Rot-Grün mit Deutschland vorhat**

Das neueste Falblatt der CDU soll Ihnen helfen, den Wählern die Augen zu öffnen, denn die SPD will an die Macht, und dabei ist ihr kein Bündnis zu schlecht, um dieses Ziel zu verwirklichen. Rot-Grün das Wunschbündnis der SPD steht in diesem Falblatt auf dem Prüfstand. Was bedeutet Rot-Grün in der Außen- und Sicherheitspolitik? Welche Auswirkungen hat das für unsere Bundeswehr? Ist der Benzinpreis dann noch zu bezahlen? Bedeutet Rot-Grün eine erneute Verschärfung der Asylsituation in unseren Städten und Gemeinden? Unser neues Falblatt hilft Ihnen hierbei, in kurzen Stichworten die passenden Antworten geben zu können. Zusätzlich enthält dieses Falblatt Kurzinfos darüber, welche Auswirkungen Rot-Grün bereits für Niedersachsen und Hessen hat, wieviel Schulden, Sozialabbau und Anstieg der Kriminalität bereits erreicht wurden.

- Bestell-Nr.: **2826**
- Verpackungseinheit: 100 Expl.
- Preis 100 Expl.: 19 DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## Fußball-WM-Kalender '94



Bestell-Nr.: 2764

Verpackungseinheit: 500 St.

Preis je 500 St.: 35,— DM

Bestellungen an: **IS-Versandzentrum, Postfach 1164,**  
**33759 Versmold, Fax 0 54 23/4 15 21**

Alle Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer, inklusive Versand.

# UID

8/1994

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:**  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(02 28) 5307-0, Telefax (02 28) 5307-118/119, **Vertrieb:**  
Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183  
(BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504  
(BLZ 37010050), Abbonementspreis jährlich 52,— DM,  
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.